

N i e d e r s c h r i f t

über die Fortsetzung der 27. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark

(Sitzung Nr. 4/2009)

am Mittwoch, 13.05.2009, um 19:00 Uhr

in Urberach, Halle Urberach (Mehrzweckraum)

Anwesend sind:

Herr Kern, Roland

Herr Sturm, Alexander

Herr Brammer-Türck, Thomas

Herr Schreiber, Wolfgang

Herr Schrod, Adam Franz

Herr Sulzmann, Hans

Herr Uhe-Wilhelm, Michael

Frau Becht, Maria

Herr Billing, Stefan

Frau Burkhard, Liane

Herr Butz, Reimund

Frau Cavus, Hatice

Frau Daum, Nina

Herr Delle Donne, Luigi

Herr Drescher, Bernd

Herr Fluck, Josef

Frau Geis, Sylvia

Herr Gensert, Hans

Herr Gensert, Michael

Herr Gerl, Stefan

Frau Gierszewski, Anna-Monika

Herr Gotta, Wolfgang

Herr Graf, Thomas

Herr Hente, Hans-Peter

Herr Kruger, Tobias

Frau Dr. Künneke-Durwen, Christa

Herr Lauer, Armin

Frau Lühe von der, Karin

Herr Mersmann, Friedhelm
Herr Popp, Werner
Herr Rädlein, Manfred
Herr Rebel, Dieter
Frau Reusch, Mona
Frau Rickert, Katharina
Herr Schaap, Garrit
Herr Schneider, Herbert
Frau Schrod, Carolin
Herr Schrod, Dietmar
Herr Schultheis, Norbert
Herr Sulzmann, Sven
Herr Theis, Alfred
Frau Weckesser, Anette
Frau Wilhelm, Laura
Herr Zeller, Jochen
Frau Ziegler, Gerda
Herr Nussbaum, Carlos
Herr Rohmann, Werner

Vertr. für Herrn Firat

Es fehlen:

Herr Daum, Hans-Jürgen
Herr Karademir, Hidir
Herr Klemen, Siegbert
Frau Lips, Patricia
Frau Lorenz, Tanja
Herr Lühe von der, Eckhard
Herr Rotter, Jörg
Herr Schäfer, Karl
Herr Firat, Hüseyin

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Zuhörer:

6

Noch zu behandelnde Tagesordnungspunkte:

- TOP 5 Haushalt 2009
- TOP 8 Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes A 28 "Bahnhof Ober-Roden Nord" eingegangenen Anregungen von Trägern öffentlicher Belange und Bürgern
VO/0059/09
- TOP 9 Beschluss des Bebauungsplanes A 28 "Bahnhof Ober-Roden Nord" als Satzung
VO/0060/09
- TOP 6 Antrag der SPD-Fraktion: LKW-Durchfahrverbote wirkungsvoll überprüfen
Vorlage: SPD/0010/09
- TOP 7 Wohn-/Baugebiet Breidert
Vorlage: CuF/0058/09
- TOP 14 Integrationsförderpreis
Vorlage: SPD/0124/09
- TOP 16 Parkraumkonzept für den Ortskern Ober-Roden
Vorlage: CuF/0127/09
- TOP 17 Grundstückspreise für städtische Wohnbaugrundstücke
Vorlage: CuF/0129/09
- TOP 18 Koordination und Planung von Maßnahmen im Ortskern von Ober-Roden
Vorlage: CuF/0130/09
- TOP 19 Mehr Gewerbeentwicklungsgebiete für Rödermark
Vorlage: CuF/0128/09

Die Stadtverordnetenvorsteherin hebt die Sitzungsunterbrechung auf und begrüßt die Mitglieder. Sie weist daraufhin, dass am gestrigen Abend der TOP 5 aufgerufen war und erteilt Herrn Ersten Stadtrat Sturm das Wort, der zu den Haushaltsreden der Fraktionen Stellung nimmt.

Um 19.45 Uhr wird die Sitzung zur Klärung von Geschäftsordnungsfragen unterbrochen. Die Aufhebung der Unterbrechung erfolgt um 20.00 Uhr. Es schließt sich eine ausführliche Diskussion zum Entwurf des Produkthaushaltes 2009 an.

Nachdem es zu keinen diesbezüglichen weiteren Wortmeldungen kommt, erklärt die Stadtverordnetenvorsteherin, dass nunmehr die Änderungsanträge, die zum Entwurf des Produkthaushaltes durch die Fraktionen gestellt worden sind, aufgerufen werden sollen. Sie erklärt außerdem, dass sie zu den jeweiligen Anträgen Erläuterungen geben wird, wenn dies aufgrund Erklärungen der Antragsteller oder aus sonstigen Gründen geboten ist.

Die Stadtverordnetenvorsteherin erteilt sodann zunächst dem Fraktionsvorsitzenden der Anderen Liste/Die Grünen das Wort, der bezüglich der durch seine Fraktion gestellten Anträge folgende Feststellungen trifft: Herr Gerl weist daraufhin, dass seine Fraktion insgesamt 16 Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf eingebracht hat. Dies geschah bereits Ende letzten Jahres, weshalb durch die seither eingetretene Entwicklung folgende Aktualisierungen erforderlich sind:

Drei Anträge werden im Zuge der Haushaltsberatung zur Abstimmung stehen:

Nämlich

Antrag Nr. 4	Baugebiete „Am Hainchesbuckel“ und „Südlich alter Seeweg“
Antrag Nr. 14	Errichtung eines Erweiterungsbaus für die BA
Antrag Nr. 32	Investitionsförderung der Vereine

Im Zuge der Vorbesprechungen zum Haushalt hat sich herausgestellt, dass es mittlerweile nicht mehr möglich ist, Drittmittel, also Fördermittel, für das laufende Haushaltsjahr zu akquirieren. Fünf Anträge der Anderen Liste/die Grünen standen jedoch unter diesem Vorbehalt und wurden daher zurückgezogen.

Es handelt sich um:

Antrag Nr. 2	Errichtung einer 400-Meter-Bahn
Antrag Nr. 5	Umgestaltung der Breidert-Kreuzung in einen Kreisel
Antrag Nr. 8	Errichtung eines Jugendzentrums/einer Jugendbildungsstätte im Stadtteil Urberach
Antrag Nr. 9	Errichtung eines archäologischen Museums
Antrag Nr. 13 schule	Umwandlung der Schule an den Linden, Grund- in Urberach, zu einer Schule mit ganztägiger Organisation

Fünf der von der Fraktion Andere Liste/Die Grünen gestellten Anträge sollen im Geschäftsgang bleiben und als „ordentliche“ Anträge behandelt werden.

Es handelt sich um:

- | | |
|---------------|--|
| Antrag Nr. 1 | Personal und Arbeitsplatz für Schulsozialarbeit und Berufswegebegleitung sowie Kosten für Organisationsentwicklung in der Abteilung Jugendarbeit |
| Antrag Nr. 3 | Konzeptstudie Kulturhalle |
| Antrag Nr. 6 | Ferienspielangebot |
| Antrag Nr. 7 | Erstellung einer interaktiven Stadtkarte |
| Antrag Nr. 10 | Haus am Mühlengrund (Behandlung soll im Eigenbetrieb erfolgen) |

Zwei der gestellten Anträge können auf Grund von Mittelberücksichtigung aus den Konjunkturprogrammen als erledigt erklärt werden, nämlich:

- | | |
|---------------|---|
| Antrag Nr. 11 | Wärmedämmung öffentlicher Gebäude |
| Antrag Nr. 12 | Umwandlung der Trinkbornschule, Grundschule in Ober-Roden, zu einer Schule mit ganztägiger Organisation |

Die Anträge Nr. 8, Nr. 9 und Nr. 30 sollen für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in modifizierter Form eingebracht werden. Sie gelten also für die jetzt stattfindenden Haushaltsberatungen als zurückgezogen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft sodann die zum Haushaltsplanentwurf gestellten Anträge der Fraktionen in der festgelegten Reihenfolge auf.

Antrag Nr. 1

der Fraktion Andere Liste/Die Grünen

betr.: Personal und Arbeitsplatz für Schulsozialarbeit und Berufswegebegleitung sowie Kosten für Organisationsentwicklung in der Abteilung Jugendarbeit

Behandlung als „ordentlicher“ Antrag unter Verbleib im Geschäftsgang

Antrag Nr. 2

der Fraktion Andere Liste/Die Grünen

betr.: Errichtung einer 400-Meter-Bahn

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Antrag Nr. 3

der Fraktion Andere Liste/Die Grünen

betr.: Konzeptstudie Kulturhalle

Behandlung als „ordentlicher“ Antrag unter Verbleib im Geschäftsgang

Antrag Nr. 4

der Fraktion Andere Liste/Die Grünen

betr.: Baugebiete „Am Hainchesbuckel“ und „Südlich alter Seeweg“

Der Ansatz für Ingenieurleistungen im Zusammenhang mit der Umlegung der Baugebiete „Am Hainchesbuckel“ und „Südlich Alter Seeweg“ in Höhe von rund 240.000 € wird gestrichen.

Nach Begründung durch die Antrag stellende Fraktion und den Stellungnahmen der übrigen Fraktionen erfolgt Abstimmung mit dem folgenden Ergebnis:

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: Andere Liste/die Grünen

Ablehnung: CDU, SPD, FDP

Enthaltung: /

Antrag Nr. 5

der Fraktion Andere Liste/Die Grünen

betr.: Umgestaltung der Breidert-Kreuzung in einen Kreisel

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Antrag Nr. 6

der Fraktion Andere Liste/Die Grünen

betr.: Ferienspielangebot

Behandlung als „ordentlicher“ Antrag unter Verbleib im Geschäftsgang.

Antrag Nr. 7

der Fraktion Andere Liste/Die Grünen

betr.: Erstellung einer interaktiven Stadtkarte

Behandlung als „ordentlicher“ Antrag unter Verbleib im Geschäftsgang

Antrag Nr. 8

der Fraktion Andere Liste/Die Grünen

betr.: Errichtung eines Jugendzentrums/einer Jugendbildungsstätte im Stadtteil Urberach

Der Antrag wurde zurückgezogen. Er soll als neuer modifizierter Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

Antrag Nr. 9

der Fraktion Andere Liste/Die Grünen
betr.: Errichtung eines archäologischen Museums

Der Antrag wird zurückgezogen. Er soll als neuer modifizierter Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

Antrag Nr. 10
der Fraktion Andere Liste/Die Grünen
betr.: Haus am Mühlengrund

Der Antrag soll als „ordentlicher“ Antrag in der Kommission des Eigenbetriebes behandelt werden.

Antrag Nr. 11
der Fraktion Andere Liste/Die Grünen
betr.: Wärmedämmung öffentlicher städtischer Gebäude

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

Antrag Nr. 12
der Fraktion Andere Liste/Die Grünen
betr.: Umwandlung der Trinkbornschule, Grundschule in Ober-Roden, zu einer Schule mit ganztägiger Organisation

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

Antrag Nr. 13
der Fraktion Andere Liste/Die Grünen
betr.: Umwandlung der Schule an den Linden, Grundschule in Urberach, zu einer Schule mit ganztägiger Organisation

Der Antrag wird zurückgezogen.

Antrag Nr. 14
der Fraktion Andere Liste/Die Grünen
betr.: Errichtung eines Erweiterungsbaus für die BA

- Für die Planung eines Erweiterungsbaus in der Ober-Rodener-Straße für die Berufsakademie Rhein-Main GmbH werden 10.000 € Planungskosten eingestellt.
- Der Antrag steht unter dem Vorbehalt der Bedarfsanmeldung durch die Berufsakademie.
- Die Finanzierung des Erweiterungsbaus durch einen Privatinvestor ist zu prüfen.

Nach Begründung durch die Antrag stellende Fraktion und den Stellungnahmen der übrigen Fraktionen erfolgt Abstimmung mit dem folgenden Ergebnis:

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Zustimmung: Andere Liste/Die Grünen
Ablehnung: CDU, SPD, FDP
Enthaltung: /

Antrag Nr. 15

der SPD-Fraktion

betr.: Verlagerung der Hortbetreuung in die Ganztagsangebote der
Grundschulen

Der Magistrat wird beauftragt, bis August 2009 in Absprache mit den Schulen die bisherige Hortbetreuung in das Ganztagesangebot der Grundschulen respektive/ersatzweise in deren Betreuungsangebot vorzubereiten und hierzu eine entsprechende Konzeption vorzulegen. Gleichzeitig ist zu prüfen, in welchem Umfang die Stadt die Schulen unterstützen muss, um bisherige Hortleistung zumindest in ihrem zeitlichen Umfang aufrecht zu erhalten.

(wurde gemeinsam mit Nr. 31 aufgerufen und beraten)

Nach Begründung durch die Antrag stellende Fraktion und den Stellungnahmen der übrigen Fraktionen erfolgt Abstimmung mit dem folgenden Ergebnis:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Antrag Nr. 16

der SPD-Fraktion

betr.: Verbesserung der städtischen Einnahmen

Der Magistrat wird beauftragt, bis zur Vorstellung und Vorlage des Produkthaushaltes 2010 Wege aufzuzeigen, wie die Einnahmesituation der Stadt Rödermark insgesamt verbessert werden kann. Dabei sind sämtliche Möglichkeiten zu prüfen, insbesondere aber das Ziel, in möglichst vielen Bereichen kostendeckende Gebührenhaushalte zu realisieren. Ausgenommen von der Kostendeckung sollen Kindertagesstätten bleiben. Über die Ergebnisse der Beratungen des Magistrates ist der Haupt- und Finanzausschuss fortlaufend zu informieren.

(wurde gemeinsam mit Nr. 31 aufgerufen und beraten)

Nach Begründung durch die Antrag stellende Fraktion und den Stellungnahmen der übrigen Fraktionen erfolgt Abstimmung mit dem folgenden Ergebnis:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Antrag Nr. 17

der SPD-Fraktion

betr.: Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit

Der Magistrat wird beauftragt, die interkommunale Zusammenarbeit zu forcieren und hierdurch noch im Jahre 2009 Synergieeffekte zu erzielen. Insbesondere wird angeregt, in den Bereichen Kultur, Ordnungsamt sowie Einkauf (Material und Personaldienstleistungen) die interkommunale Zusammenarbeit zu verbessern.

Nach Begründung durch die Antrag stellende Fraktion und den Stellungnahmen der übrigen Fraktionen erfolgt Abstimmung mit dem folgenden Ergebnis:

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: SPD, FDP
Ablehnung: CDU, Andere Liste/Die Grünen
Enthaltung: /

Antrag Nr. 18

der SPD-Fraktion

betr.: Optimierung des Kulturangebotes durch Verbesserung der kulturellen Zusammenarbeit

Der Antrag wird als erledigt erklärt.

Antrag Nr. 19

der SPD-Fraktion

betr.: Begrenzung der Netto-Neuverschuldung

Sämtliche bisher vorgesehenen Investitionen für den Produkthaushalt 2009 werden mit einem Sperrvermerk versehen. Der Magistrat wird aufgefordert, die Investitionen so zu verringern, dass eine maximale Netto-neuverschuldung bei den Investitionen für das Jahr 2009 in Höhe von 300T€ erreicht wird. Der Haupt- und Finanzausschuss wird beauftragt, die Sperrvermerke aufzuheben, wenn der Magistrat an Hand einer geänderten Investitionsliste das Erreichen der zuvor genannten Nettoneuverschuldung nachgewiesen hat. Für die Folgejahre 2010 bis 2014 sind grundsätzlich Produkthaushalte vorzulegen, die keine Nettoneuverschuldung bei den Investitionen vorsehen.

Nach Begründung durch die Antrag stellende Fraktion und den Stellungnahmen der übrigen Fraktionen erfolgt Abstimmung mit dem folgenden Ergebnis:

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Zustimmung: SPD,
Ablehnung: CDU, Andere Liste/Die Grünen, 2 x FDP
Enthaltung: 1 x FDP

Antrag Nr. 20
der SPD-Fraktion
betr.: Verkauf städtischer Wohnungen an eine Genossenschaft

Der Magistrat wird beauftragt, den Verkauf der städtischen Wohnungen an eine Genossenschaft erneut zu prüfen. Hierzu sind die Ergebnisse der Marktevaluierung unmittelbar nach der Sommerpause der Betriebskommission der KBR und der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen.
Nach Begründung durch die Antrag stellende Fraktion und den Stellungnahmen der übrigen Fraktionen erfolgt Abstimmung mit dem folgenden Ergebnis:

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Zustimmung: SPD,
Ablehnung: CDU, Andere Liste/Die Grünen, FDP
Enthaltung: /

Antrag Nr. 21
der SPD-Fraktion
betr.: Personalentwicklungskonzept

Der Magistrat wird beauftragt, evtl. unter Hinzuziehung von externem Sachverstand, für alle städtischen Einrichtungen und des Eigenbetriebes ein Personalentwicklungskonzept vorzulegen.
Ziel diese Personalentwicklungskonzeptes muss es sein,

- a) bisherige Schnittstellen herauszufinden und Lösungsansätze hierzu zu erarbeiten,
- b) Qualitätsstandards für sämtliche Bereiche zu erstellen
- c) den Aufgabenumfang und Zeitbedarf jeder Stelle zu definieren und somit einen genauen Personalbedarf zu ermitteln
- d) Stellenbewertungen der Arbeitsplätze vornehmen sowie
- e) gegebenenfalls Vorschläge für einen sozialverträglichen Ausgleich darzustellen.

Nach Begründung durch die Antrag stellende Fraktion und den Stellungnahmen der übrigen Fraktionen erfolgt Abstimmung mit dem folgenden Ergebnis:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Zustimmung: CDU, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: AL/Die Grünen,

Antrag Nr. 22

der SPD-Fraktion

betr.: Kürzung der Sach- und Materialausgaben der Fachbereiche und Sonderbudgets

Die Sach- und Materialausgaben sämtlicher Fachbereiche und Sonderbudgets sind generell um 3% im Produkthaushalt 2009 zu kürzen.

Nach Begründung durch die Antrag stellende Fraktion und den Stellungnahmen der übrigen Fraktionen erfolgt Abstimmung mit dem folgenden Ergebnis:

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: SPD, 1 x FDP

Ablehnung: CDU, Andere Liste/Die Grünen, 1 x FDP

Enthaltung: 1 x FDP

Antrag Nr. 23

der SPD-Fraktion

betr.: Reduzierung der Ausgaben kommunaler Mitgliedschaften

Der Magistrat wird beauftragt, die Mitgliedschaft in einem kommunalen Spitzenverband zum nächstmöglichen Termin zu beenden

Nach Begründung durch die Antrag stellende Fraktion und den Stellungnahmen der übrigen Fraktionen erfolgt Abstimmung mit dem folgenden Ergebnis:

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: SPD,

Ablehnung: CDU, Andere Liste/Die Grünen, FDP

Enthaltung: /

Antrag Nr. 24

der SPD-Fraktion

betr.: Festschreibung des Betriebskostenzuschusses für das Badehaus

Der Antrag wird zurückgezogen, weil er bereits mit der Beschlussfassung zu TOP 4 erledigt worden ist.

Antrag Nr. 25

der SPD-Fraktion

betr.: Reduzierung der Beraterleistungen

Der Magistrat wird im Rahmen der Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes beauftragt zu prüfen, ob die Einstellung eines fundierten und sachkundigen Planungsingenieurs die Kosten für externe Beraterleistungen in der Verwaltung und/oder ggf. städtischen Eigenbetrieben reduziert werden kann.

Nach Begründung durch die Antrag stellende Fraktion und den Stellungnahmen der übrigen Fraktionen erfolgt Abstimmung mit dem folgenden Ergebnis:

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: CDU, SPD, FDP
Ablehnung: Andere Liste/Die Grünen,
Enthaltung: /

Antrag Nr. 26
der FDP-Fraktion
betr.: Privatisierung des Badehauses

Erörterung und Beschlussfassung erfolgte mit TOP 4 der Tagesordnung.

Antrag Nr. 27
der CDU-Fraktion
betr.: Badehaus
Erörterung und Beschlussfassung erfolgte mit TOP 4 der Tagesordnung

Antrag Nr. 28
der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion
betr.: Personalkosten

(der Antrag Nr. 28 wurde gemeinsam mit Antrag Nr. 21 beraten)

Der Magistrat wird beauftragt, der STAVO zu berichten, in welchen Umfang und in welchen Bereichen Honorarkräfte, Mini-Job-Kräfte und freie Mitarbeitern in der Stadtverwaltung eingesetzt werden. Die jeweilige Anzahl solcher Kräfte ist für jeden Fachbereich darzustellen. Des weiteren ist das finanzielle Volumen darzustellen.

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zu erstellen, welches zum Ziel hat, die Anzahl solcher Kräfte und das finanzielle Volumen für solche Kräfte zu reduzieren. Aufgaben sind auf reguläre Mitarbeiter zu übertragen. Dies geschieht ohne Ausweitung des Stellenplans.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Antrag Nr. 29
der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion
betr.: Erschließung Baugebiet „An den Rennwiesen“

Die Antrag stellenden Fraktionen erklären, dass der Beschlussvorschlag fol-

gende Neufassung erhält:

Die Aufwendungen für Pflanzmaßnahmen bei der Erschließung des Baugebietes „An den Rennwiesen“ sind mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Nach Begründung und Stellungnahmen wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Zustimmung:	CDU, FDP
Ablehnung:	AL/Die Grünen
Enthaltung:	SPD

Bürgermeister Kern erklärt, dass der eben gefasste Beschluss unzulässig sein dürfte. Die Festlegung bezüglich der Pflanzmaßnahmen im Baugebiet „An den Rennwiesen“ erfolgte durch Erlass einer Satzung, nämlich dem Bebauungsplan B 32 „An den Rennwiesen“. Gegen diese satzungsrechtliche Bestimmung verstößt der beschlossene Sperrvermerk.

Antrag Nr. 30

der Fraktion Andere Liste/Die Grünen

betr.: Sanierung der Ortsdurchfahrt Waldacker

Der Antrag wird zurückgezogen. Er soll in modifizierter Form neu eingebracht und in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden.

Antrag Nr. 31

der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion

betr.: Horte/Schulische Einrichtungen

Der Antrag Nr. 31 wird in geänderter Fassung wie folgt zur Beschlussfassung gestellt.

Es soll geprüft werden, ob und unter welchen Bedingungen ein Betreuungsangebot an der Breidertschule realisiert werden kann. Es ist insbesondere auch zu prüfen, ob eine Sicherstellung der Betreuung ein solches Angebot an der Grundschule Breidert erforderlich ist. Es wird angestrebt, dass daraus eine schulische Einrichtung wird, so dass der Kreis an den Raum- und Betriebskosten beteiligt werden kann.

Durch die Realisierung einer Betreuung wird ein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung des Standortes geleistet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung:	/

Enthaltung: /

Die Anträge Nr. 32 und Nr. 33 werden zur gemeinsamen Behandlung aufgerufen.

Nach Erörterung erklären die Fraktionen der Anderen Liste/Die Grünen und der CDU-Fraktion, dass sie sich auf einen gemeinsamen Antragstext einigen, die Anträge 32 und 33 also in diesem gemeinsamen Antrag aufgehen.

Der gemeinsame Antragstext lautet:

Die Position im Produkthaushalt 2009 für Investitionszuschüsse an Vereine wird um 150.000 € erhöht.

Nach den Stellungnahmen der Fraktionen wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Zustimmung: CDU, Andere Liste/Die Grünen, SPD

Ablehnung: FDP

Enthaltung: /

Die Stadtverordnetenvorsteherin erklärt, dass auf Grund der getroffenen Entscheidungen bei der Behandlung der Anträge der Entwurf der Haushaltsatzung in einer Neufassung beschlossen werden muss. Diese Neufassung wird zur Abstimmung gestellt, sobald sie den Stadtverordneten vorliegt.

Deshalb sollen vorgezogen **TOP 8 und 9** aufgerufen werden.

Dieser Vorschlag wird kontrovers diskutiert. Herr Gerl stellt sodann den Geschäftsordnungsantrag, die Tagesordnungspunkte 8 und 9 noch in der heutigen Sitzung zu behandeln, dies bevor über die Magistratsvorlage zum Haushalt 2009 abgestimmt wird.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Zustimmung: CDU, Andere Liste/Die Grünen, SPD

Ablehnung: FDP

Enthaltung: /

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft sodann TOP 8 auf.

zu 8

Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes A 28 "Bahnhof Ober-Roden Nord" eingegangenen Anregungen von Trägern öffentlicher Belange und Bürgern VO/0059/09

Nach den Stellungnahmen der Fraktionen stellt die Stadtverordnetenvorsteherin sämtliche Punkte des Beschlussvorschlages zur Abstimmung. Sie lau-

ten:

1 Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz e.V.:

Beschlussvorschlag:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass gegen den Bebauungsplan keine Bedenken bestehen.

Die Anregung auf Erweiterung der Pflanzliste durch die Hinzunahme der Eberesche wird aufgenommen.

2 Eisenbahn-Bundesamt Frankfurt:

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Anregungen wurden bei der Planung berücksichtigt.***
- 2. Da sich die Parzelle 713/27 nicht im Plangeltungsbereich befindet, ist die Anregung zur Freistellung nicht relevant. Die Anregung wird deshalb zurückgewiesen.***

3 Kreis Offenbach, Bauaufsicht / Bauleitplanung

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Anregungen werden aufgenommen. Die Hinweise, dass Rodungsarbeiten nur in der Zeit vom 01. September bis 15. März stattfinden dürfen und dass sicherzustellen ist, dass sich bei Abriss der Bahnbengebäude keine schützenswerten Tiere in den Ruinen befinden, werden in den Bebauungsplan aufgenommen.***
- 2. Da sich der Bebauungsplan ausschließlich auf öffentliche Grün- und Verkehrsflächen bezieht und im Planbereich keine Zisternen oder Brunnen eingerichtet werden, wird die Anregung zurückgewiesen.***

4 DB Services Immobilien GmbH, Frankfurt

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Anregung wird nachgekommen. Die genannte Teilfläche im Norden des Plangebietes (gem. markierter Planzeichnung) wird aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes herausgenommen.***
- 2. Die Anregung wird aufgenommen und zu gegebener Zeit umgesetzt.***
- 3. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.***

5 Sylvia Reuter und Sabine Runzer, Babenhäuser Str. 44b

Beschlussvorschlag:

Es wird erkannt, dass die Einrichtung einer Erschließung vom Park-and-Ride-Platz aus für die Grundstücke Dieburger Str. 59a und 61 von Vorteil wäre. Auch könnte der damit verbundene Wegfall von 2 Stellplätzen, wie vorgeschlagen, an anderer Stelle kompensiert werden. Dennoch wird der Anregung nicht gefolgt. Wollte man dem Vorschlag nachkommen, würde dadurch ein Präzedenzfall für die anderen Anlieger geschaffen, die ebenfalls für sich die Einrichtung einer rückwärtigen Er-

schließung reklamieren könnten. Da dem nicht gefolgt werden kann, ohne den Zweck der Bebauungsplanaufstellung aufzugeben, müssten dann die gleichfalls berechtigten Anliegen der Nachbarn zurückgewiesen werden, wodurch eine Ungleichbehandlung gegeben wäre, bei der einzelne Privatinteressen gegenüber anderen bevorzugt würden.

Zusätzlich wird die etwaige Andienung der angeführten Geschäfte vom Parkplatz aus als problematisch angesehen. Durch die Zulieferung, die voraussichtlich mit LKW vorgenommen würde, sind Behinderungen für die Nutzer des Park-and-Ride-Platzes zu erwarten.

(Die Stellungnahmen zu den Beschlüssen sind als Anlage beigelegt.)

Abstimmung erfolgt bzgl. sämtlicher (5) Anregungen:

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	einstimmig angenommen
Zustimmung:	CDU, AL/die Grünen, SPD
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

Die Mitglieder der FDP-Fraktion nehmen an der Abstimmung nicht teil.

**zu 9 Beschluss des Bebauungsplanes A 28 "Bahnhof Ober-Roden Nord" als Satzung
VO/0060/09**

Zu dem Tagesordnungspunkt ergeben sich keine Wortmeldungen. Die Stadtverordnetenversammlung lässt über den folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 den Bebauungsplan A 28 „Bahnhof Ober-Roden Nord“ als Satzung.
Sie beschließt ferner über die Begründung.**

Zugrunde gelegt werden der Entwurf in der Fassung der öffentlichen Auslegung vom 1. Dezember 2008 bis einschließlich 9. Januar 2009 und die Beschlüsse über die eingegangenen Anregungen.

Das Plangebiet umfasst den Bereich zwischen den Gleisanlagen der Deutschen Bahn (im Westen), den Gleisanlagen und der Dieburger Straße die hier spitz aufeinander zulaufen (im Norden), der Dieburger Straße und der an die Dieburger Straße angrenzende Bebauung (im Osten) sowie die nördlich des Bahnhofsgebäude befindliche Verkehrsfläche (im Süden).

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mit Stimmenmehrheit angenommen
Zustimmung:	CDU, Andere Liste/Die Grünen
Ablehnung:	SPD
Enthaltung:	/

Die Mitglieder der FDP-Fraktion beteiligen sich nicht an der Abstimmung.

TOP 5

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft erneut den TOP 5 -Haushalt 2009 - auf und stellt fest, dass inzwischen die Neufassung des Entwurfs der Haushaltssatzung an alle Mitglieder des Hauses verteilt worden ist.

Sie stellt nunmehr, nachdem sie die neuen Zahlen des Entwurfes zur Haushaltssatzung nochmals verlesen hat, die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

- 1. Den Änderungen zum Haushalt 2009 wird zugestimmt.**

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit zugestimmt

Zustimmung: CDU, FDP

Ablehnung: Andere Liste/Die Grünen, SPD

Enthaltung: /

- 2. Dem Haushaltskonsolidierungskonzept 2009 wird zugestimmt.**

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit zugestimmt

Zustimmung: CDU, SPD, FDP

Ablehnung: Andere Liste/Die Grünen

Enthaltung: /

- 3. Der Haushaltssatzung 2009 mit Haushaltsplan, Stellenplan und Finanzplan wird zugestimmt (Änderungen aus 1. sind enthalten).**

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit zugestimmt

Zustimmung: CDU, FDP

Ablehnung: SPD

Enthaltung: Andere Liste/Die Grünen

- 4. Der Beteiligungsbericht 2008 wird zur Kenntnis genommen.**

- 5. Die Wirtschaftspläne der Berufsakademie Rhein-Main GmbH und der IC Rödermark AG werden zur Kenntnis genommen.**

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt fest, dass die in der heutigen Sitzung nicht mehr zum Aufruf gekommenen Tagesordnungspunkte für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 9.06.2009 auf die Tagesordnung genommen werden sollen.

Ende der Sitzung: 22:55 Uhr.

Für die Richtigkeit:

W. Rohmann
Schriftführer

M. Becht
Stadtverordnetenvorsteherin

Für die Ausfertigung:

Y. van Baal